

Antrag L 1: Leitantrag: UNSER SCHLESWIG-HOLSTEIN 2045

Laufende Nummer: 498

Antragsteller:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

1 Wir machen Politik für die Menschen in Schleswig-Holstein. Im Kleinen wie im Großen
2 braucht es pragmatische Lösungen für die Herausforderungen und Bedürfnisse der
3 Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Diese Zeiten, die von gesellschaftlichem,
4 wirtschaftlichem und globalem Wandel geprägt sind, erfordern politische Leitlinien,
5 die dysfunktionale Strukturen aufbrechen können. Es wird Zeit, Zukunftsmusik zu
6 spielen. Dafür formulieren wir klare Ziele und neue Wege. Sie tragen den aktuellen
7 Gegebenheiten Rechnung und helfen uns auch zukünftig Kurs zu halten.

8

9 Unsere Generation ist es, die in den nächsten Jahrzehnten die Politik maßgeblich
10 mitgestalten wird. Gerade deshalb sind wir es, die die zentralen Themen für
11 Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik in den Fokus der Debatte rücken und unsere
12 Vorstellung von unserer Heimat im Jahre 2045 formulieren. Wir stellen die Weichen für
13 eine erfolgreiche, nachhaltige und zukunftsorientierte Politik, die auf dem Fundament
14 unserer Gesellschaft aufbaut und dabei die Dynamiken unserer Zeit stets im Blick hat.

15

16 Unser Rechtsstaat der Zukunft

17 Auf Schleswig-Holstein kommen große innenpolitische Herausforderungen zu. Auch in der
18 Zukunft wollen wir in einem demokratischen, lebenswerten und sicheren Land leben. Wir
19 haben den Willen, dass in Schleswig-Holstein nicht der Status quo aufrechterhalten
20 wird, sondern sich unser Rechtsstaat kontinuierlich verbessert.

21

22 Unsere Grundüberzeugung der gelebten Weltoffenheit dient als Richtschnur, die unsere
23 Politik, auch in Bezug auf die Zuwanderung, lenkt. Der demografische Wandel wird
24 zweifellos eine Herausforderung für unser Land darstellen. Es ist unabdingbar,
25 frühzeitig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und die richtigen Rahmenbedingungen
26 zu schaffen, um unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Schleswig-Holstein muss
27 dafür zu einem attraktiven Zielort für qualifizierte Zuwanderung werden. Gleichzeitig
28 dürfen bei der Integration von Menschen, die aus humanitären Gründen bei uns Schutz
29 suchen, keinerlei Abstriche gemacht werden. Unsere fundamentalen Werte, insbesondere
30 die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Gleichberechtigung der Geschlechter
31 und die Meinungs- und Pressefreiheit, sind unverhandelbar. Gegen ausreisepflichtige
32 und insbesondere straffällige Personen, die sich in unserem Land aufhalten, muss
33 konsequent vorgegangen werden. Extremistische Ideologien und ganz besonders
34 Antisemitismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz finden. Wir sind

entschlossen, die erforderlichen Ressourcen und Instrumente bereitzustellen, um effektiv gegen Extremismus vorzugehen. Dies gilt in besonderer Weise für den digitalen Raum, wo extremistische Bewegungen bedauerlicherweise vermehrt Zuspruch finden.

Die Bewältigung dieser und anderer Herausforderungen ist von essenzieller Bedeutung. Leider liegt Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich der Kriminalitätsrate pro 100.000 Einwohner stets über dem Bundesdurchschnitt. Unsere Forderung nach einer gut ausgestatteten Polizei, die sowohl im präventiven als auch repressiven Bereich ihrer Arbeit innovative Technologien und Methoden einsetzen kann, zielt darauf ab, die Kriminalitätsrate nachhaltig zu senken und das Sicherheitsgefühl in unserem Land zu stärken. Eine reibungslose länderübergreifende Zusammenarbeit mit unkompliziertem Informationsaustausch auf allen Ebenen ist hierbei von zentraler Bedeutung. Ebenso ist die Modernisierung unserer Justiz unabdingbar, um das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht nur zu wahren, sondern wieder zu stärken. Bei der Ausstattung und dem Personalbedarf darf es an diesen Schlüsselstellen keine Abstriche geben, damit gerichtliche Verfahren mit der erforderlichen Sorgfalt und Zügigkeit ablaufen.

Schließlich plädieren wir für die Abschaffung der Direktwahlen von Bürgermeistern in hauptamtlich verwalteten Gemeinden sowie kreisfreien Städten. Dieser Schritt würde sicherstellen, dass der Bürgermeister bereits zu Beginn seiner Amtszeit eine solide Unterstützung genießt und eine stabile Basis für seine Aufgaben hat, die Mehrheiten in den kommunalen Vertretungen erfordern. Die Wahl des Bürgermeisters durch die Gemeinde- bzw. Stadtvertretungen würde, analog zur Wahl von Landräten, eine ausgewogenere demokratische Praxis fördern.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- das Land Schleswig-Holstein durch schlanke Prozesse, gute Infrastruktur vor Ort und eine bürgernahe, digitale Verwaltung zum wettbewerbsfähigsten und attraktivsten Standort für qualifizierte Zuwanderung in Deutschland zu machen,
- die Anzahl extremistisch motivierter Straftaten durch verstärkte Präventions- und Repressionsarbeit der Polizei gerade auch im digitalen Raum zu halbieren,
- die Anzahl der Straftaten in Schleswig-Holstein im Jahr pro 100.000 Einwohner durch mehr Polizeikräfte und modernste Ausstattung auf unter 5.000 zu senken,
- die effektive Vernetzung von Bund und Ländern hinsichtlich der Polizei- und Ordnungsbehörden sowie des Verfassungsschutzes,
- die enge Einbindung der schleswig-holsteinischen Landespolizei in die europäische Sicherheitsarchitektur,
- die vollständige Digitalisierung der juristischen Ausbildung sowie die hochqualitative Ausstattung personeller und sachlicher Art in der Justiz,

- die Abschaffung der Direktwahlen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in hauptamtlich verwalteten Gemeinden sowie kreisfreien Städten.

Beste Mobilität für unser klimaneutrales Industrieland

Für den Wohlstand unseres Landes ist die wirtschaftliche Wertschöpfung in Schleswig-Holstein der entscheidende Faktor. Es ist besonders wichtig, dass unser Wirtschaftsstandort nicht nur weiter bestehen bleibt, sondern sich vielmehr am Puls der Zeit fortentwickelt und wächst. Wir bekennen uns deshalb zum Ziel der schleswig-holsteinischen Landesregierung, klimaneutrales Industrieland zu werden. Dafür müssen robuste Maßnahmen für den erweiterten Klimaschutz initiiert und emissionsneutrale Großindustrieanlagen in unserem Land fest etabliert werden. Deshalb halten wir eine Flächenentwicklungsgesellschaft des Landes, die den Kommunen bei den Herausforderungen im Kontext des Klimawandels und bei der Ansiedlung klimaneutraler Industrie in den Kommunen proaktiv beisteht, für sinnvoll. Diese Institution soll die involvierten Kommunen im Planungs-, Entwicklungs- und Implementierungsprozess von Industrieansiedlungen und Flächenprojekten beraten und diese somit nachhaltig fördern. Uns ist zudem bewusst, dass Städte und Kommunen vor enormen Hürden stehen, wenn es um die Ansiedlung von Industriebetrieben mit umfangreichem Investitionsvolumen geht. Im gleichen Atemzug vermögen kommunale Haushalte die notwendigen begleitenden Investitionen oft nur partiell abzubilden. Vor diesem Hintergrund soll die Gesellschaft die involvierten Städte und Kommunen auch bei der Entwicklung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten unterstützen.

In der Ausgestaltung soll diese Gesellschaft zudem die Einbindung aller relevanten Interessenvertreterinnen und Interessensvertreter im Planungsprozess sicherstellen und die Akteurinnen und Akteure auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene miteinander vernetzen, wobei dem herausragenden öffentlichen Interesse an den Ansiedlungen besonders Rechnung getragen werden soll. Die Landesgesellschaft soll nicht alleinig die Durchführung der Projekte überwachen und evaluieren, sondern auch eine substanzielle Datenbasis schaffen, um zukünftige Projekte noch effizienter realisieren zu können. Um ein klimaneutrales Industrieland zu werden, müssen sich zudem weitere Unternehmen in Schleswig-Holstein ansiedeln, die auf innovative Technologien setzen. Gerade diese Unternehmen sollen aktiv von der hier erzeugten Erneuerbaren Energie profitieren und können so auch das ausgeprägte ökologische Bewusstsein in unserem Land demonstrieren.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Gründung einer landesweiten Flächenentwicklungsgesellschaft zur Förderung von Industrieansiedlungen und Beratung der Kommunen hinsichtlich des Planungsprozesses, Klimaschutzspezifischer Anliegen sowie bei begleitenden Infrastrukturmaßnahmen,
- ein zentrales Monitoring & die Evaluation der Durchführung von

118 Ansiedlungsprojekten, um auf der Grundlage einer stabilen Datenbasis in Zukunft
119 noch effizienter Projekte zu realisieren,

- 120 • die Überarbeitung der Partizipations- & Beteiligungsmöglichkeiten von
121 Interessengruppen im Rahmen von Industrieansiedlungen.

122

123 Erneuerbare Energien sind zentrale Standortvorteile unseres Landes. Ihre Gewinnung,
124 insbesondere durch Offshore-Windkraft, wollen wir weiter ausbauen, auch in der
125 Ostsee. Gerade deshalb eignet sich Schleswig-Holstein zur Ansiedlung von
126 energieintensiver Industrie sehr. Diese Entwicklung unterstützen wir mit aller Kraft.
127 Um diese gewonnene Energie auch ganzjährig und gleichbleibend nutzen zu können, ist
128 es erforderlich, die bereits vorhandene, allem voran durch Windkraft gewonnene
129 Energie, zu speichern, um sie dann gleichmäßig nutzbar machen zu können. Dies ist
130 erforderlich, da die Erneuerbaren Energien bekanntermaßen in Peak Phasen auftreten
131 und nicht so gleichmäßig zu betreiben sind wie beispielsweise Kohle- oder
132 Kernkraftwerke. Die Nutzung ehemaliger Kohle- oder Kernkraftwerke zur Speicherung
133 dieser Energie hat unserer Ansicht nach vor allem zwei Vorteile. Zum einen wird
134 hierdurch der zusätzliche Flächenverbrauch minimiert, da diese Anlagen bereits
135 existieren und somit keine zusätzlichen Flächen versiegelt werden müssen. Zum anderen
136 ist die grundlegende Infrastruktur bei diesen Gebäuden bereits vorhanden. So sind die
137 Stromleitungen zum Transport, mit einer entsprechend hohen Kapazität, bereits verbaut
138 und in das Netz integriert. Zudem ist durch die Lage an Flüssen auch eine
139 ausreichende Kühlwasserversorgung sichergestellt.

140

141 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

142

- 143 • den Ausbau der Gewinnung Erneuerbarer Energie, insbesondere durch Offshore-
144 Windkraft, auch in der Ostsee,
- 145 • die Ansiedlung von energieintensiver Industrie in Schleswig-Holstein,
- 146 • eine wissenschaftliche Untersuchung, die vom Land beauftragt wird, um zu
147 evaluieren, ob es möglich und wirtschaftlich wäre, die Speicherung von Strom aus
148 Erneuerbaren Energien in Form von Großspeichern in ehemaligen Kern- und
149 Kohlekraftwerken zu betreiben,
- 150 • sofern diese erste Untersuchung positiv ausfällt, eine weitergehende Prüfung, ob
151 das Land mit dieser Technologie Gewinne erzielen kann und sich gegebenenfalls
152 eine Gesellschaftsgründung mit privaten Investoren rentiert, die entsprechende
153 Speicher dann auch an Standorten außerhalb des Landes betreibt.

154

155 Damit Schleswig-Holstein als Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt noch attraktiver
156 wird, ist der bedarfsgerechte Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
157 unerlässlich. Dieser muss gute Erreichbarkeiten auf dem Land und in den Städten
158 ermöglichen und sich, wo möglich, durch eine Abstimmung der Taktungen zwischen den

159 Verkehrsmitteln auszeichnen. Entscheidend ist zudem, dass sich der ÖPNV für die
160 Menschen aufgrund geringer Kosten in der regelmäßigen Nutzung als besonders attraktiv
161 darstellt, ohne dass die Qualität des Angebotes darunter leidet. Sofern Defizite im
162 ÖPNV zukünftig nicht ausgeräumt werden, droht Schleswig-Holstein ein erheblicher
163 Standortnachteil. Dies gilt insbesondere für die Metropolregion Hamburg im südlichen
164 Teil des Landes. Verglichen mit anderen Metropolregionen wie München und Berlin, die
165 über ein weitaus dichteres und flächendeckenderes Angebot im ÖPNV verfügen, zeigt
166 sich der dringlich bestehende Bedarf an Verbesserungen.

167 Um die Bürgerinnen und Bürger im Land von einem Wechsel auf den ÖPNV zu überzeugen,
168 muss dessen Attraktivität weiter gesteigert werden. Dazu gehört auch die weitere
169 Elektrifizierung des schleswig-holsteinischen Schienennetzes, die längst überfällig
170 ist. Das gilt insbesondere für die Marschbahnstrecke, die als Nord-Süd-Verbindung
171 eines der wichtigsten Schienenprojekte im Land ist. Ebenso bedarf es dem weiteren
172 Ausbau des ÖPNV im südlichen Teil Schleswig-Holsteins zur Angleichung an die
173 Standards einer modernen Metropolregion. Die Ausdehnung der AKN zur S-Bahn-Verbindung
174 zwischen Hamburg und Kaltenkirchen verkörpert dabei einen bedeutenden Schritt zur
175 Verlagerung des Verkehrsaufkommens, insbesondere des Pendelverkehrs von und nach
176 Hamburg, von automobiler Fortbewegung auf umweltfreundlichere Bahnfahrten. Indes
177 braucht es eine rasche Ausweitung dieser Entwicklung auf sämtliche bestehende AKN-
178 Strecken. Dies wird sowohl durch den Aspekt der Umweltverträglichkeit unterstrichen,
179 da die veralteten AKN-Züge nach wie vor mit Diesel angetrieben werden und
180 gemeinschaftliche Anstrengungen, in Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt
181 Hamburg die Schadstoffemissionen der Züge zu minimieren, bislang wenig erfolgreich
182 waren. Die veralteten Zügeinheiten der AKN, ganz gleich, ob sie noch aus dem Jahr
183 1973 oder, wie der überwiegende Teil der Fahrzeugflotte aus den 1990er Jahren
184 stammen, entsprechen lediglich den seinerzeit geltenden Emissionsstandards.
185 Bestrebungen, Schadstoffemissionen mittels kraftstofftechnischer Innovationen wie
186 HVO-Diesel zu verringern, was beispielsweise bei der Deutschen Bahn im Sylt-Shuttle
187 und im Güterbereich des Rangierverkehrs gelungen ist, fehlen bislang. Ebenso weist
188 der Großteil der gegenwärtigen Fahrzeugflotte der AKN nicht den zeitgemäßen Komfort
189 auf, der bereits im Jahr 2023 zu Recht von Fahrgästen in Bezug auf einen modernen und
190 zeitgemäßen ÖPNV gefordert wird. Es ist daher notwendig, die AKN als landeseigenen
191 Betrieb der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in das S-Bahn-System Hamburg zu
192 integrieren und die gegenwärtig von der AKN betriebene Infrastruktur schnellstmöglich
193 zu elektrifizieren und zu modernisieren, sodass S-Bahn-Züge die betreffenden Strecken
194 zukünftig bedienen können.

195 Eine gut koordinierte Verkehrsanbindung über verschiedene Verkehrsträger stellt eine
196 zentrale Voraussetzung für künftiges wirtschaftliches Wachstum in sämtlichen
197 Landesteilen dar. Angesichts der Tatsache, dass Schleswig-Holstein über keinen
198 bedeutenden Flughafen verfügt und der Bau des einst geplanten Großflughafens in
199 Kaltenkirchen/Hartenholm inzwischen nicht mehr realisierbar ist, erhält eine
200 zukünftige optimale Verbindung aus Schleswig-Holstein zum Hamburger Flughafen
201 eminente Bedeutung. Reisende sind in erheblichem Maße auf eine zuverlässige Anbindung
202 angewiesen. Insbesondere aus nördlichen Regionen wie Kiel und Flensburg gestaltet

sich eine direkte Anfahrt mittels PKW über die Bundesautobahn (BAB) 7 als einzige praktikable Option. Die Anreise per ÖPNV zum Hamburger Flughafen wird derzeit häufig noch durch einen notwendigen Umstieg in die S-Bahn am Hamburger Hauptbahnhof immens erschwert. Die Gesamtfahrtzeit ab Kiel Hauptbahnhof beträgt derzeit 1 Stunde und 50 Minuten, ab Flensburg mindestens 2 Stunden und 45 Minuten. Eine direkte Verbindung von Norderstedt zum Flughafen könnte die Reisezeit ab Kiel auf circa eine Stunde und ab Flensburg auf etwa 1 Stunde und 30 Minuten verkürzen.

210

211 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

212

- 213 • den konsequenten und bedarfsgerechten Ausbau des ÖPNV in Schleswig-Holstein, der
- 214 sich durch eine gute Erreichbarkeit im ganzen Land, abgestimmte Taktungen und
- 215 finanzielle Erschwinglichkeit auszeichnet,
- 216 • die vollständige Elektrifizierung der Marschbahn,
- 217 • die Eingliederung des gemeinsamen Landesbetriebs AKN Eisenbahn GmbH in die S-
- 218 Bahn Hamburg GmbH,
- 219 • den Bau einer Bahnverbindung zwischen Norderstedt-Mitte und dem Hamburg Airport,
- 220 • den grundsätzlichen Ausbau des Bahnnetzes und dessen Elektrifizierung,
- 221 insbesondere der Hauptstrecken und Pendelstrecken in die Metropolen.

222

Neben dem Ausbau der Schieneninfrastruktur in unserem Land ist im Sinne einer vielfältigen und bedarfsgerechten Mobilität der Ausbau unserer Straßeninfrastruktur gleichermaßen zu berücksichtigen. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Ost-West-Anbindung in Schleswig-Holstein und der Fertigstellung der BAB 20. Viele weitere Bundesstraßen und Bundesautobahnen sind in einem Zustand, der eine dringende Sanierung erfordert. Zudem ist der Fehmarnbelt-Tunnel, inklusive der Hinterlandanbindung, eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte für Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert. Die Fertigstellung dieses Projektes wird die Reisezeit nach Dänemark und den weiteren skandinavischen Ländern um mehr als zwei Stunden verkürzen. Dies wird den Handel zwischen Deutschland, Dänemark und den restlichen skandinavischen Ländern zukünftig erheblich erleichtern. Für uns ist daher entscheidend, dass die Baumaßnahmen für den Fehmarnbelt-Tunnel weiter gefördert und beschleunigt wird, damit die geplante Inbetriebnahme nicht weiter in Verzug gerät.

236

237 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 238 • den zügigen Ausbau der Bundesautobahnen 20 und 23 sowie die Ertüchtigung der
- 239 Bundesautobahnen 1 und 21 und der Bundesstraßen 5, 76, 202 und 404,
- 240 • die Baumaßnahmen für den Fehmarnbelt-Tunnel zu fördern und beschleunigen, damit
- 241 die geplante Inbetriebnahme nicht weiter in Verzug gerät.

242

243 **Gesellschaftlicher Zusammenhalt in unserem Land**

244 Die Integration von Geflüchteten und Zugewanderten ist für uns in Schleswig-Holstein
245 von zentraler Bedeutung. Wir setzen uns für eine Vorreiterrolle unseres Landes ein,
246 wobei wir glauben, dass das Prinzip „Fördern und Fordern“ die effektivste Methode
247 ist, um humanitäre Hilfe und Ordnung harmonisch miteinander zu verknüpfen. Zudem
248 müssen die bürokratischen Prozesse weiter entschlackt werden, um die öffentliche
249 Verwaltung zu entlasten und unser Land für ausländische Fachkräfte attraktiver zu
250 machen. Entscheidend für eine gelungene Integration ist vor allem das Erlernen der
251 deutschen Sprache. Nur, wer die Sprache eines Landes spricht, findet sich im Alltag
252 zurecht und kann einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder sich dafür qualifizieren.
253 Deshalb setzen wir auf die verpflichtete Teilnahme an Sprachkursen, die ihrerseits im
254 Sinne der Niedrigschwelligkeit auch als hybrides Angebot und in der Fläche unseres
255 Landes angeboten werden sollen. Gleichmaßen erwarten wir vom Land Schleswig-
256 Holstein eine stärkere Unterstützung bei der Unterbringung von Geflüchteten, wofür
257 grundsätzlich die Kommunen vor Ort zuständig sind. Im Sinne einer gelungenen
258 Integration hat für uns dabei eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in der
259 Mitte unserer Gesellschaft Priorität. Dabei ist uns bewusst, dass die Wohnungssuche
260 bereits auf dem heutigen Markt beschwerlich ist und in den nächsten Jahren
261 insbesondere in Ballungsgebieten keine Erleichterung in Sicht ist. Aus diesem Grund
262 setzen wir uns für vereinfachte Planungsprozesse im Wohnungsbau, die Prüfung und
263 Vereinfachung von Wohnungsbauauflagen sowie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus
264 ein, weil gegen Wohnungsknappheit vor allem das Bauen neuer Wohneinheiten hilft.

265

266 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

267

- 268 • die Einrichtung eines Einwanderungsamtes zur Unterstützung bei der Einreise von
269 ausländischen Fachkräften, wobei ein Fokus auf einer verbesserten
270 Antragskoordination und der Vereinfachung bürokratischer Abläufe liegen soll,
- 271 • die verpflichtende Teilnahme an Sprachkursen,
- 272 • die Optimierung der Sprachkurs-Angebote, besonders hinsichtlich hybrider Formate
273 und des ländlichen Raumes, verbesserter Anreisemöglichkeiten, Kinderbetreuung
274 während der Kurse und spezifischer Angebote für bestimmte Berufsgruppen,
- 275 • die Priorisierung der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten zur besseren
276 Integration vor Ort,
- 277 • Prüfung und mögliche Vereinfachung von Wohnungsaufbauauflagen,
- 278 • Vereinfachte Planungsprozesse für Wohnungsbau und gegebenenfalls dazugehörige
279 Infrastrukturmaßnahmen,
- 280 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

281

282 Wir sehen die Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land
283 weiter zu festigen. Hierzu gehört für uns ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und

284 die Stärkung der Ehrenamtsarbeit, insbesondere im Kinder- und Jugendbereich. Gerade
285 auch für das Vereinswesen, dem wir eine besondere Bedeutung zuschreiben, ist ein
286 starkes Ehrenamt unverzichtbar. Vereine gehören fest zum gesellschaftlichen Fundament
287 unserer Demokratie: Umso wichtiger ist es, dass besonders in den Vereinen die
288 Grundsätze unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung gelebt werden. Ebenso
289 sehen wir einen Bedarf an Begegnungsstätten, an denen ein gesellschaftlicher Diskurs
290 und gemeinsames Lernen im Mittelpunkt stehen kann.

291 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

292

- 293 • die Intensivierung der Unterstützung von Sportvereinen und ehrenamtlicher
294 Arbeit, besonders im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit,
- 295 • die Entwicklung einer Landesstrategie für Kommunen zur zukünftigen Ausrichtung
296 von Jugendzentren,
- 297 • das verpflichtende Bekenntnis öffentlich geförderte Vereine zur freiheitlich-
298 demokratischen Grundordnung,
- 299 • den Ausbau von Förderprogrammen, die Kommunen bei der Bereitstellung von
300 Sportstätten für die Bevölkerung unterstützen,
- 301 • den Aus- und Umbau von Bibliotheken zu Begegnungsorten, inklusive E-Book-
302 Leihmöglichkeiten im Sinne einer verstärkten Leseförderung,
- 303 • die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen bei kommunalen Schwimmbädern, um
304 insbesondere den Schwimmunterricht für Schulkinder zu gewährleisten.

305

306 **Mit Bildung unsere Zukunft gestalten**

307 In den vergangenen Jahren konnte ein Trend zu höheren Schulabschlüssen festgestellt
308 werden. Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für eine Ausbildung. Auch aus
309 diesem Grund bekennen wir uns auch weiterhin klar zum mehrgliedrigen und
310 differenzierenden Schulsystem, das sich den unterschiedlichen Fähigkeiten und
311 Begabungen anpasst. Statt einer Einheitsschule werden die individuellen Bedürfnisse
312 der Schülerinnen und Schüler frühzeitig identifiziert und gezielt weiterentwickelt,
313 insbesondere wird eine Inklusion mit Augenmaß gelebt. Hierbei wird die notwendige
314 Mindestausstattung mit Lehrkräften geschaffen sowie die Durchlässigkeit zwischen den
315 Schularten unbürokratisch gewährleistet. Dabei ist uns wichtig, dass an den
316 Gemeinschaftsschulen verpflichtende differenzierte Lerngruppen angeboten werden.
317 Aufgrund des immer stärker werdenden Fachkräftemangels ist es ebenfalls von hoher
318 Relevanz, dass junge Menschen verstärkt über die Vorteile eines Ausbildungsberufes
319 informiert werden. Einen Ausgangspunkt dafür kann eine verpflichtende
320 Orientierungsphase in der 9. Klasse darstellen. Diese könnten die Schulen als Modell
321 selbst gestalten, wobei eine Stundenzahl jedoch vorzugeben wäre. Denkbar ist
322 beispielsweise eine Orientierungswoche, in der die Schülerinnen und Schüler die
323 Möglichkeit bekommen, verschiedene Unternehmen kennenzulernen, mehr über
324 Bewerbungsprozesse zu lernen und berufliche Beratungsangebote wahrzunehmen. Um den
325 Schülerinnen und Schülern eine breitere Perspektive auf die beruflichen Möglichkeiten

326 zu geben, sind stärkere Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen essenziell.
327 Daher schlagen wir vor, regionale Unternehmen stärker in den Prozess der
328 Berufsorientierung einzubinden. Dies kann durch Betriebsbesuche oder auch durch
329 Informationsveranstaltungen an Schulen geschehen. Um den Übergang zwischen Schule und
330 Ausbildung oder Studium zu erleichtern, sehen wir außerdem die Zusammenarbeit
331 zwischen Hochschulen und Betrieben als entscheidend an. Hier können
332 Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher aufgefangen und in den Arbeitsmarkt
333 integriert werden. Die Einführung eines dualen Studiums für Lehramt in Schleswig-
334 Holstein wäre zudem eine Maßnahme zur Förderung einer praxisorientierten
335 Lehrerausbildung, die den zukünftigen Pädagoginnen und Pädagogen eine fundierte
336 Verbindung von theoretischem Fachwissen und praktischer Erfahrung in realen
337 schulischen Kontexten bietet und ein wichtiger Anreiz zur Lehrkräftegewinnung
338 darstellen kann.

339 Nicht nur die Berufsvorbereitung ist uns ein zentrales Anliegen. Bereits vor der
340 Einschulung sollten Kinder optimal gefördert werden. Hier fordern wir Sprachtests im
341 Jahr vor der Einschulung, um Bildungsdefizite frühzeitig zu erkennen. Um eventuellen
342 Lernproblemen optimal vorzubeugen, halten wir auch ein verpflichtendes Kita-Jahr für
343 sinnvoll. In der Grundschulzeit sollte der Fokus dann verstärkt auf den drei
344 Grundkenntnissen Lesen, Schreiben und Rechnen liegen. Von entscheidender Bedeutung
345 ist zudem bereits in der Schulzeit eine stärkere Excellenceförderung, um
346 herausragende Talente und Fähigkeiten zu identifizieren und gezielt zu fördern, damit
347 das Land auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene eine innovative und
348 wettbewerbsfähige Position einnehmen kann.

349 Außerdem dürfen die digitale Welt und ihre Herausforderungen gerade im
350 Bildungsbereich nicht ignoriert werden. Neben den Chancen, die sie bietet, gilt es
351 auch Gefahren und Suchtpotenzialen entschieden entgegenzutreten. Dies betrifft für
352 viele Kinder und Jugendliche insbesondere den Umgang mit sozialen Medien. Wir halten
353 daher eine Kennzeichnungspflicht für bearbeitete Bilder, die in sozialen Medien
354 hochgeladen werden für dringend geboten. Zudem sollte die Präventionsarbeit ausgebaut
355 und eine verstärkte Aufklärung an Schulen über die Gefahren und Suchtpotenziale von
356 sozialen Medien angeboten werden. Im Zuge dessen gehört auch das Bewusstsein für
357 mentale Gesundheit in Schulen gestärkt. Hierzu gehört einerseits die
358 Präventionsarbeit im Bereich Mental Health und andererseits der Ausbau der
359 psychologischen Beratungsstellen an den Schulen. Lehrerinnen und Lehrer sowie
360 Schülerinnen und Schüler müssen stärker für dieses Thema sensibilisiert werden.

361 Die Weiterentwicklung und Förderung der Spitzenforschung an unseren Hochschulen und
362 außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist ein entscheidender Baustein dafür,
363 dass der schleswig-holsteinischen Industrie durch die heimisch erzielten
364 Forschungsergebnisse ein enormer Standortvorteil zukommt. Wir begrüßen, dass die
365 Landesregierung das Exzellenzbudget stärken möchte. Zum optimalen Einsatz der
366 bereitgestellten Mittel ist jedoch eine konkrete Strategie zum
367 standortübergreifenden, zusammenwirkenden Einsatz dieser unerlässlich.

368

369 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

370

- 371 • den langfristigen Erhalt von Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Förderzentren
- 372 im Rahmen eines differenzierenden leistungsorientierten Schulsystems,
- 373 • verpflichtende Lerngruppen zur Differenzierung an den Gemeinschaftsschulen,
- 374 • ein verpflichtendes Schulpraktikum sowohl in der neunten als auch in der zehnten
- 375 Klasse,
- 376 • den verpflichtenden Besuch von einer Berufsbildungsmesse und der Bundesagentur
- 377 für Arbeit zur Berufsorientierung im Rahmen des Schulunterrichts,
- 378 • Lehrkräfte im Hinblick auf die duale Berufsausbildung stärker zu schulen,
- 379 • die vermehrte Einbindung regionaler Unternehmen in den Prozess der
- 380 Berufsorientierung,
- 381 • die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Betrieben, um
- 382 Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher aufzufangen,
- 383 • die Einführung eines dualen Studiums für Lehramt,
- 384 • Sprachtests für alle Kinder im Jahr vor der Einschulung in die Grundschule,
- 385 • die Einführung eines verpflichtenden Kitajahres vor Schuleintritt für alle
- 386 Kinder in Schleswig-Holstein,
- 387 • eine stärkere Konzentration des Grundschulunterrichts auf die drei
- 388 Grundkenntnisse Lesen, Schreiben und Rechnen,
- 389 • eine stärkere, gezielte Excellenceförderung an unseren Schulen,
- 390 • mehr Präventionsarbeit im Bereich Mental Health und den Ausbau psychologischer
- 391 Beratungsstellen,
- 392 • eine verstärkte Sensibilisierung von Lehrkräften sowie Schülerinnen und
- 393 Schülern für den Bereich Mental Health,
- 394 • eine Kennzeichnungspflicht für bearbeitete Bilder, die in sozialen Medien
- 395 hochgeladen werden,
- 396 • den Ausbau der Präventionsarbeit und die verstärkte Aufklärung an Schulen über
- 397 die Gefahren und Suchtpotenziale von sozialen Medien,
- 398 • die Entwicklung einer konkreten Exzellenzstrategie des Landes zur Förderung und
- 399 Entwicklung der Spitzenforschung in Schleswig-Holstein.

400

401 **Generationengerechtigkeit für unser Land**

402 Nicht zuletzt die COVID19-Pandemie, der russische Angriff auf die Ukraine und die
403 folgende Inflation haben deutlich gemacht, dass kurzfristige Entwicklungen zu
404 finanziellen Unsicherheiten führen können. Auch sorgen die Deglobalisierung, das
405 Entsparen der Babyboomer, der Arbeits- & Fachkräftemangel und der grüne
406 Wirtschaftsumbau sorgen für ein langfristig inflationäres Umfeld. Zudem schwächen
407 höhere Zinsen die Konjunktur und bedeuten durch steigende Zinsausgaben ebenfalls eine

408 enorme Belastung für den Haushalt. Gerade die Schuldenbremse hat Schleswig-Holstein
409 in die Lage gebracht, die vielen Krisen unserer Zeit zu bewältigen. Verantwortliches
410 Haushalten ist essenzieller Bestandteil des Versprechens einer finanziellen
411 Generationengerechtigkeit. Wir halten deshalb an der Schuldenbremse fest.

412 Wichtig ist uns ebenfalls, dass zukunftsweisende Investitionen in der Transformation
413 Schleswig-Holsteins zu einem klimaneutralen Industrieland und in die Mobilität der
414 Zukunft nicht gegen die schwarze Null ausgespielt werden. Milliarden schwere
415 Sondervermögen außerhalb von Krisenzeiten, wie es beispielsweise Berlin für die
416 Bereiche Klimaschutz, Resilienz und Transformation eingerichtet hat, lehnen wir
417 entschieden ab.

418 Die Haushaltssperre im Frühjahr und das Verschieben des Haushalts vor der Sommerpause
419 haben uns einmal mehr gezeigt, dass eine langfristige und realistische und
420 priorisierte Haushaltsplanung von entscheidender Wichtigkeit ist und man sich nicht
421 auf immer weiter sprudelnde und inflationsbedingte Mehreinnahmen verlassen kann. Wir
422 müssen vielmehr langfristige rechtliche Verbindlichkeiten, die mit Ausgaben verbunden
423 sind, stets genau auf den Prüfstand stellen. So sollen nicht immer neue staatliche
424 Aufgaben geschaffen werden, sondern Aufgaben zunächst priorisiert werden.

425

426 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

427

- 428 • das konsequente Einhalten der Schuldenbremse,
- 429 • keine zusätzlichen milliarden schweren Sondervermögen auf Landesebene
- 430 einzurichten, sofern sie nicht zur akuten Krisenbewältigung notwendig sind,
- 431 • die Prüfung langfristiger rechtlicher Verbindlichkeiten und zugehöriger Ausgaben
- 432 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.

433

434 **Nachhaltige Stabilität für unsere Sozial- und Gesundheitssysteme**

435 Eine der größten politischen Herausforderungen der nächsten 20 Jahre wird die Reform
436 unserer Sozialsysteme sein. Aktuell investieren wir ca. 40 Prozent des
437 Bundeshaushaltes in unsere Sozialsysteme. Dieser Prozentsatz wird in den nächsten
438 Jahren drastisch steigen. Folglich werden finanzielle Mittel für andere Ressorts wie
439 Bildung, Verkehr und Infrastruktur fehlen. Aus diesem Grund sehen wir einen akuten
440 Handlungsbedarf, um unsere Sozialsysteme für die nächsten 20 Jahre tragfähig zu
441 machen. Einerseits geht ein großer Teil des Bundeshaushaltes in die
442 Rentenversicherung, andererseits sind zahlreiche Menschen von Altersarmut bedroht. In
443 vielen anderen europäischen Ländern ist das Rentenniveau erheblich höher als in
444 Deutschland. Entsprechend dringend ist der Reformbedarf der deutschen Sozialsysteme,
445 insbesondere des Rentensystems. In der Praxis erkennen wir keine Möglichkeit, die
446 Unwucht im Rentensystem ausschließlich durch höhere Anteile des Bundeshaushalts zu
447 finanzieren. Aus unserer Sicht ist ein maximaler Zuschuss von 25 Prozent des
448 Bundeshaushalts zur Rentenversicherung geboten.

449 Eine wichtige Stellschraube zur Stabilisierung erkennen wir im Renteneintrittsalter.
450 Mit steigender Lebenserwartung muss auch das Renteneintrittsalter steigen, weshalb
451 wir die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung für notwendig
452 erachten. Dabei muss auf unterschiedliche körperliche Anforderungen in verschiedenen
453 Berufsbildern eingegangen werden. So bietet sich ebenfalls eine Kopplung des
454 Renteneintrittsalters an die Belastung im Beruf an, wie es in anderen europäischen
455 Ländern bereits implementiert wurde.

456 Neben einer Reform der gesetzlichen Rentenversicherung müssen zudem die Förderung der
457 betrieblichen und privaten Altersvorsorge essenzielle Bestandteile der Rentenpolitik
458 werden. Es gilt bereits in Schulen über die fundamentale Bedeutung der privaten
459 Altersvorsorge aufzuklären. Als Anreiz für die private Vorsorge fordern wir die
460 Einführung eines steuerlich geförderten Investmentdepots zur Altersvorsorge. Die
461 ausgezahlten Beträge sollen dabei steuerfrei sein. Auszahlungen aus dem Depot können
462 ab dem 63. Lebensjahr vorgenommen werden. Die maximal pro Monat einzuzahlende Summe
463 soll dabei durch einen sinnvollen Maximalsatz begrenzt werden. Eine natürliche Person
464 kann nur ein Depot einrichten.

465

466 Wir erkennen als hervorzuhebendes Problem, dass Altersarmut in Deutschland vor allem
467 Frauen besonders trifft. So beziehen sie im Durchschnitt 46 Prozent weniger Rente als
468 Männer. In keinem anderen europäischen Land ist die Gender Pension Gap so hoch wie in
469 Deutschland. Die Rentenansprüche spiegeln dabei die Teilnahme am Erwerbsleben wider.
470 In gleicher Position verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt pro Stunde rund
471 neun Prozent weniger als Männer. Außerdem wird das Erwerbsleben von Frauen häufiger
472 unterbrochen, beispielsweise durch Erziehungszeiten. Um die Altersarmut von Frauen zu
473 bekämpfen, die jetzt erwerbstätig sind, muss wahre Gleichberechtigung der
474 Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. In den nächsten 20 Jahren gilt es,
475 die Gender Pay Gap zu schließen und eine vollständige Vereinbarkeit von Familie und
476 Beruf zu erreichen. Anreize für Frauen, auf eine Teilnahme am Erwerbsleben zu
477 verzichten, wie das Ehegattensplitting oder die kostenlose Mitversicherung in
478 Krankenkasse sollten kritisch hinterfragt werden. Das Ehegattensplitting setzt
479 Anreize für einen Partner in der Ehe, wenig oder gar nicht zu arbeiten. Dieser
480 künstliche negative Effekt auf die Arbeitsmarktpartizipation ist in Zeiten akuten
481 Arbeitskräftemangels nicht mehr zu rechtfertigen. Stattdessen setzen wir uns für ein
482 Familiensplitting ein, dass Familien stärkt und Kinder in den Mittelpunkt stellt.
483 Dies deckt zudem die Realität ab, wonach immer mehr Kinder nicht im klassischen
484 Familienmodell aufwachsen, sondern in unverheirateten Beziehungen oder in
485 Patchworkfamilien. Hier wollen wir mögliche finanzielle
486 Spielräume im Sinne von Familien und Kindern nutzen. Die Initiative der
487 Bundesregierung, beim Elterngeld zu sparen und die Obergrenze des gemeinsamen
488 Einkommens auf 150.000 Euro abzusenken, lehnen wir entschieden ab.

489

490 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

491

- 492 • die Zuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt auf
493 maximal 25 Prozent zu begrenzen,
 - 494 • eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung und an die
495 unterschiedlichen Belastungen in verschiedenen Berufsbildern,
 - 496 • die Einführung eines steuerlich geförderten Investmentdepots mit steuerfreier
497 Auszahlung der Gewinne nach dem 63. Lebensjahr bei sinnvoller Begrenzung der
498 maximal monatlich einzuzahlenden Summe,
 - 499 • alle Mittel daran zu setzen, die Gender Pay Gap in den nächsten 20 Jahren zu
500 schließen,
 - 501 • die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting,
 - 502 • Anreize für Frauen, auf eine Teilnahme am Erwerbsleben zu verzichten, wie die
503 kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse kritisch zu hinterfragen und
504 gegebenenfalls zu reformieren,
 - 505 • eine Umkehr der Bundesregierung bei ihrem Plan, beim Elterngeld zu sparen und
506 hier die Grenze des gemeinsamen zu versteuernden Einkommen auf 150.000 Euro
507 abzusenken.
- 508
- 509 Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. In kaum einem anderen
510 Land der Welt ist die Versorgungsquote so gut wie in Deutschland. Wir sind stolz,
511 dass in Deutschland jeder Zugang zu ausgezeichneter gesundheitlicher Versorgung
512 erhält und wollen, dass das so bleibt. Laut der Krankenhausgesellschaft Schleswig-
513 Holstein e.V. steigt jedoch das Defizit der schleswig-holsteinischen Kliniken
514 stündlich um rund 32.000 Euro. Unseren Kliniken droht die Insolvenz, insbesondere den
515 kommunalen Kliniken. Um dem zu begegnen, gilt es die Finanzierung unserer Kliniken
516 nachhaltig auszugestalten.
- 517
- 518 Aktuell erfolgt die Finanzierung der Kliniken durch Fallpauschalen. Für jede Diagnose
519 erhält die Klinik eine gewisse Pauschale pro Patientin oder Patienten. Durch dieses
520 System sind gewisse Leistungen finanziell für Kliniken besonders attraktiv für die
521 Kliniken, beispielsweise Endoprothetik und Herzkatheterlabore. Andere Leistungen,
522 insbesondere essenzielle Leistungen wie internistische oder pädiatrische
523 Grundversorgung, sind hingegen finanziell unattraktiv. Die Bundesregierung strebt an,
524 Häuser der Grundversorgung mittels Vorhaltepauschalen stärker zu unterstützen. Wir
525 begrüßen eine Reform der Fallpauschalen. Der geplante Mix aus Fallpauschalen,
526 Vorhaltepauschalen und Qualitätszuschlägen erscheint uns zukunftsfähig. Bei der
527 Reform gilt es die Zahl der Krankenhäuser, die für die Grundversorgung benötigt
528 werden, kritisch zu hinterfragen. In Krankenhäusern, die eigentlich für eine
529 flächendeckende Grundversorgung nicht benötigt werden, gilt es die Spezialisierung
530 anzustreben. Für Investitionen, beispielsweise baulicher Art sind die Länder
531 zuständig. In Schleswig-Holstein besteht ein Investitionstau von 600 Millionen Euro
532 für unsere Kliniken. Die Landesregierung strebt an, in den nächsten zehn Jahren ein
533 Drittel dieses Staus zu schließen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Grundsätzlich

534 appellieren wir jedoch an die Landesregierung, ein Konzept zum Abbau des gesamten
535 Investitionsstaus zu erstellen. Zudem gehört zu einer generationsgerechten Politik
536 für uns insbesondere der verantwortungsvolle Umgang mit Steuermitteln. Demnach gilt
537 es, Einsparpotentiale zu suchen und zu nutzen. So konnte beispielsweise das Klinikum
538 Augsburg mittels Schaffung einer Energieeinsparstrategie 2,8 Millionen Euro jährlich
539 einsparen. Daran sollte sich ein Beispiel genommen werden. Aus diesem Grund fordern
540 wir die Schaffung einer landesweiten Energie-Effizienz-Strategie für unsere Kliniken.

541

542 Im Gesundheitssystem sollte immer der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gelten.
543 Dennoch entscheiden sich Patientinnen und Patienten häufig gegen eine ambulante
544 Behandlung, wenngleich diese medizinisch sinnvoll wäre. Häufig ist dies in der
545 Überlastung der niedergelassenen Ärzte begründet. Dies betrifft vor allem die
546 Notaufnahmen, die sich einer steigenden Zahl von Hilfesuchenden gegenübersehen, die
547 de facto jedoch keine akute Behandlung in der Notaufnahme benötigen. Um diesem
548 Problem zu begegnen, fordert die wir den Gemeinsamen Bundesausschuss auf, die
549 Bedarfsplanung der Kassensitze auch auf eine kommende Ambulantisierung von
550 Behandlungen vorzubereiten. Des Weiteren soll es eine Verpflichtung geben, wonach
551 Ärztinnen und Ärzte, insbesondere solche mit fachlicher Spezialisierung, einmal in
552 der Woche eine Akutsprechstunde ohne Termin anbieten. Um unnötige Besuche von
553 Patientinnen und Patienten in der Notaufnahme zudem zu vermeiden, unterstützen wir
554 den Vorstoß, diesen nach einem nicht erforderlichen Besuch in der Notaufnahme
555 zukünftig mit einer Gebühr in Höhe von 50 Euro zu begegnen.

556

557 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

558

- 559 • die Umsetzung der geplanten Reform der Fallpauschalen, insbesondere durch
560 Schaffung von einem Mix aus Vorhaltepauschalen, Qualitätszuschlägen und
561 Fallpauschalen,
- 562 • die Spezialisierung von Krankenhäusern, die nicht für eine flächendeckende
563 Grundversorgung benötigt werden,
- 564 • die Landesregierung auf, eine Strategie zur Lösung des Investitionsstau in
565 unseren Kliniken zu lösen,
- 566 • Einsparpotentiale in Kliniken stärker zu nutzen und diese durch die Schaffung
567 einer landesweiten Energie-Effizienz-Strategie in unseren Kliniken auszuweiten,
- 568 • den Grundsatz „ambulant vor stationär“ noch stärker umzusetzen,
- 569 • die Bedarfsplanung stärker an den tatsächlichen Bedarf und die zukünftige
570 Ambulantisierung von Behandlungen anzupassen,
- 571 • Fachärzte zu verpflichten, eine wöchentliche Akutsprechstunde ohne Termin
572 anzubieten,
- 573 • eine Gebühr von 50 Euro für Patienten einzuführen, die ohne akute vitale
574 Bedrohung die Notaufnahme aufsuchen.

575

576 **Unsere klimaresiliente Landwirtschaft der Zukunft**

577 Die heimische Landwirtschaft ist für unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung für
578 Ernährungssicherheit, Umweltschutz und den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Wir
579 verfolgen das Ziel, die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten und den
580 Herausforderungen des Klimawandels auch in diesem Bereich verantwortungsbewusst zu
581 begegnen. Unsere Vorstellung von Landwirtschaft in der Zukunft ist nachhaltig,
582 klimaresilient und innovativ. Die regionale Landwirtschaft wird auch in Zukunft einen
583 wichtigen Baustein für unsere Nahrungsversorgung darstellen. Es gilt, die bäuerliche
584 Landwirtschaft zu stärken und regionale Betriebe sowie kurze Transportwege zu
585 erhalten. Auch der Landhandel soll möglichst vielfältig und frei von
586 Preisdiskriminierung fortbestehen. Um die regionale Landwirtschaft zu erhalten und zu
587 unterstützen, gilt es auch, die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs, auch
588 international, im Blick zu behalten und möglicherweise entstehenden
589 Wettbewerbsnachteilen auch gegenüber Betrieben aus dem EU-Ausland entgegenzuwirken.

590

591 Wir zeigen uns offen für die landesweite Nutzung von intelligenten
592 Bewässerungssystemen bis 2045. Die zunehmenden Trockenperioden erfordern eine
593 Ertragssicherung durch Bewässerung. Um den Wasserverbrauch gering zu halten, bedarf
594 es hierzu eine Modernisierung „alter“ Bewässerungsanlagen und verschärften
595 Regelungen bezüglich des zulässigen Bewässerungszeitpunkt. In Sonderkulturen und
596 Kulturen mit sehr hohem Wasserbedarf sollte die sogenannte Tröpfchenbewässerung zum
597 Einsatz kommen, um den Wasserverbrauch zu senken und die Verdunstung zu minimieren.
598 Ebenso sind wir uns des steigenden Energiebedarfs bis 2045 bewusst und sehen in der
599 heimischen Landwirtschaft das Potenzial zur zusätzlichen Energieproduktion. Hierzu
600 setzen wir uns verstärkt für den Ausbau der sogenannten Agri-Photovoltaik-Erzeugung
601 (Agri-PV) ein. Bis 2045 muss diese Form der Stromerzeugung ein festes Element der
602 hiesigen Landwirtschaft sein. Um den Ausbau der Agri-PV zu beschleunigen und um die
603 Rentabilität zu sichern, bedarf es einer „Neuauflage“ des EEG oder anderer
604 leistungsorientierter Förderprogramme. Genehmigungsverfahren für die Errichtung
605 solcher Anlagen müssen vereinfacht werden und im Expressverfahren erfolgen. Das Land
606 muss zur Umsetzung dieses Vorhabens zudem verstärkt den Netzausbau bis 2045
607 vorantreiben, um die zunehmende Energieproduktion im ländlichen Raum zu ermöglichen.

608

609 Im Bereich der Viehhaltung sehen wir ebenfalls Potential zur zusätzlichen
610 Energieproduktion. Bis 2045 sollen alle Vieh haltenden Betriebe an sogenannte
611 Kleinbiogasanlagen angebunden sein. Diese müssen vorrangig mit Reststoffen, die im
612 Zusammenhang mit der Viehhaltung stehen, betrieben werden. Diese Reststoffe können
613 zum Beispiel Gülle, Mist oder Futterreste sein. Für „kleine“ viehhaltende Betriebe,
614 die keine eigene Biogasanlage betreiben können, sehen wir die Errichtung von
615 Gemeinschaftsanlagen vor. Mit der Forderung, Tierhaltung und Energiegewinnung durch
616 Biogaserzeugung zu kombinieren, wird das Ziel einer besseren Nährstoffdynamik und
617 einer zusätzlichen Energieproduktion verfolgt. Zur Sicherung dieses Zieles bedarf es

angepasster Förderprogramme, um die Rentabilität zu gewährleisten, sowie ein voranschreitender Ausbau des Energieversorgungsnetzes im ländlichen Raum. Bis 2045 fordern wir eine stärkere Orientierung des hiesigen Pflanzenbaus hin zu konservierender Bodenbearbeitung. Ein Pflugverzicht wird angestrebt. Der Humusaufbau und die CO² Speicherung stehen dabei im Fokus. Mit einem einheitlichen Handelssystem der CO² Zertifikate wird den Landwirten eine zusätzliche Einnahmequelle geboten. Um einen klimafreundlichen Pflanzenbau zu generieren, werden politisch explizit sogenannte Stripp-Till-Systemen und No-Till Systemen gefördert. Wir fordern auch weiterhin einen kontinuierlich sinkenden Flächenverbrauch durch Versiegelung, um auch zukünftigen Generationen eine Landnutzung in Deutschland und explizit Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Ebenso begrüßen wir die Forschung im Bereich der Düngereffizienz. Düngung und Gewässerschutz müssen dabei aufeinander abgestimmt sein. In Umwelt sensiblen Gebieten soll vorrangig der ökologische Landbau betrieben werden, um die Düngeintensität zu reduzieren.

632

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

634

- die landesweite Nutzung von intelligenten Bewässerungssystemen und Modernisierung „alter“ Bewässerungsanlagen sowie eine Überarbeitung der Regelungen bezüglich zulässiger Bewässerungszeitpunkte,
- den Ausbau der sogenannten Agri-PV durch Förderprogramme zu beschleunigen und diesbezüglich Genehmigungsverfahren zu vereinfachen,
- die Anbindung aller Vieh haltende Betriebe an sog. Kleinbiogasanlagen,
- die stärkere Orientierung des hiesigen Pflanzenbaus hin zu konservierender Bodenbearbeitung sowie den Aufbau eines einheitlichen Handelssystems für CO² Zertifikate,
- die Förderung von sog Strip-Till Systemen und No-Till Systemen,
- die weitere kontinuierliche Senkung des Flächenverbrauchs durch Versiegelung.

646

Forschung und Entwicklung ist für eine klimaresiliente Landwirtschaft unerlässlich. So müssen in Zukunft insbesondere klimaresiliente Kulturpflanzen gezüchtet werden, die extremen Wetterbedingungen standhalten und hohe Erträge gewährleisten. Wir wollen dabei auch den intensiven Austausch zwischen Landwirtschaft, Wissenschaft und Agrarexpertinnen und -experten fördern, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und neueste Erkenntnisse direkt in die Praxis einzubringen.

653

Zukünftig soll der Pflanzenschutzmitteleinsatz weiter kulturspezifisch und nachhaltig reduziert werden. Ebenso wollen wir den Einsatz modernster Technologien zur Früherkennung von Schädlingen und Krankheiten sowie den verstärkten Einsatz biologischer Schädlingsbekämpfungsmittel fördern. Landwirtinnen und Landwirte sollen in Bezug auf einen verantwortungsbewussten und umweltfreundlichen Umgang mit

659 Pflanzenschutzmitteln gezielt geschult und unterstützt werden. Modernen Methoden der
660 Pflanzenzucht, einschließlich der Genschere, stehen wir offen gegenüber. Jedoch
661 setzen wir auf eine umfassende und transparente Risikobewertung, um mögliche Gefahren
662 für die Umwelt und die Verbraucher auszuschließen. Wir unterstützen ausschließlich
663 nachhaltige und ethisch vertretbare Anwendungen von neuen Züchtungsmethoden.
664 Weiterhin setzt die Junge Union Schleswig-Holstein auf Sensibilisierung und
665 Informationskampagnen. Durch Informationsveranstaltungen, Workshops und Schulungen
666 soll zudem gleichermaßen für nachhaltigen Ackerbau sensibilisiert werden. Kampagnen
667 zur Förderung des regionalen Konsums und zur Wertschätzung heimischer
668 landwirtschaftlicher Erzeugnisse sollen das Bewusstsein für die Bedeutung einer
669 nachhaltigen Landwirtschaft stärken. Für die Begrenzung des Flächenverbrauchs treten
670 wir mit Nachdruck ein und setzen indes auf die Nutzung bereits versiegelter Flächen
671 sowie Brachland zur landwirtschaftlichen Nutzung. Gemeinsam mit den Landwirtinnen und
672 Landwirten soll die Nachverdichtung landwirtschaftlicher Betriebe gefördert werden,
673 um vorhandene Flächen effizienter zu nutzen und somit wertvolle Natur- und
674 Lebensräume zu erhalten.

675

676 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

677

- 678 • die verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung von klimaresilienter
679 Landwirtschaft,
- 680 • die weitere nachhaltige Reduktion von Pflanzenschutzmitteleinsatz und
681 diesbezügliche Schulungen,
- 682 • Offenheit für moderne Methoden der Pflanzenzucht im Einklang mit einer
683 umfassenden Risikobewertung sowie Offenheit für ethisch vertretbare neue
684 Züchtungsmethoden,
- 685 • Die Förderung von regionalem Konsum sowie Kampagnen im Sinne der Wertschätzung
686 heimischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

687

688 **Unser Schleswig-Holstein in einer globalisierten Welt**

689 In unserer globalisierten Welt muss sich Schleswig-Holstein behaupten. Dabei spielen
690 insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zu China eine zunehmend wichtige Rolle.
691 Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir nicht nur die Entwicklung des
692 fernöstlichen Landes an sich beobachten. Vielmehr müssen wir unsere Beziehungen zu
693 China als systemischer, wirtschaftlicher und zunehmend militärischer Konkurrent genau
694 prüfen. Im unmittelbaren Anschluss müssen wir auf allen politischen Ebenen mit einer
695 langfristigen Strategie sicherstellen, dass jene Beziehungen sowohl unseren
696 wirtschaftlichen Interessen als auch unseren Werten und Sicherheitsbedenken gerecht
697 werden. Dabei bleibt es unser Ziel, diese weiter zu stärken und voranzubringen. Wir
698 müssen weiter sicherstellen, dass systemrelevante Branchen und Bereiche von
699 nationalem Interesse geschützt bleiben. Dazu gehören insbesondere der Schutz von
700 Technologien und des Know-Hows unserer Volkswirtschaft vor unerlaubter Verwendung

701 oder Diebstahl durch chinesische Unternehmen oder staatliche Akteure. Es ist
702 unabdingbar, dass wir chinesische Investitionen kritisch prüfen. Dies ist notwendig,
703 um potenzielle Risiken zu minimieren und gleichzeitig nach positiver Prüfung
704 Wachstumschancen nutzen zu können. Um heimische Unternehmen in Schleswig-Holstein zu
705 halten und Investitionen zu fördern, ist es zudem wichtig, Anreize zu schaffen. Eine
706 liberale Wirtschaftspolitik, die die unternehmerische Freiheit stärkt und
707 Investitionsbarrieren abbaut, kann dazu beitragen, dass Unternehmen bleiben und
708 wachsen. Darüber hinaus müssen wir den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland
709 stärken, um eine zukunftsfähige Basis für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit zu
710 schaffen respektive zu erhalten. Um den chinesischen Einfluss einzudämmen und unsere
711 Interessen auf internationaler Ebene zu vertreten, sollten wir schließlich eine
712 umfassende globale Strategie entwickeln. Diese Strategie muss darauf abzielen,
713 internationale Partner zu suchen und Allianzen einzugehen, um gemeinsam gegen unfaire
714 Handelspraktiken und wirtschaftliche Abhängigkeiten vorzugehen. So kann die
715 Zusammenarbeit in Form von Freihandelsabkommen mit anderen Staaten dazu beitragen,
716 den Druck auf China zu erhöhen, sich an internationale Standards zu halten und ein
717 verantwortungsvolles Handeln zu gewährleisten.

718

719 Die Sicherheitspolitik in Europa und die Stellung der Europäischen Union (EU)
720 innerhalb der NATO erfordern zudem eine strategische Neuausrichtung, um unsere
721 Interessen zu wahren und unsere Unabhängigkeit zu stärken. Hierzu sollten wir sowohl
722 auf eine robuste Positionierung innerhalb der NATO als auch auf eine stärkere
723 Zusammenarbeit in der europäischen Rüstungs- und Infrastrukturpolitik setzen.
724 Deutschland und Europa können dabei eine entscheidende Rolle spielen. So müssen die
725 europäischen Mitgliedsstaaten innerhalb der NATO entschieden für ihre eigenen
726 Interessen eintreten. Wir erkennen an, dass die USA schon allein aufgrund ihrer
727 Beitragsleistungen das Recht auf die Schlüsselposition in der NATO haben. Gleichwohl
728 sollte es jedem bewusst sein, dass die USA allein nach Ihren eigenen nationalen
729 Interessen handeln und Entscheidungen treffen. Vor diesem Hintergrund ist es
730 angezeigt, dass die europäischen Staaten innerhalb des Bündnisses endlich
731 eigenverantwortlich ihre Beiträge zum Bündnis erhöhen, um sich anschließend für
732 europäische Interessen und für eine ausgewogene Verteilung der Verantwortlichkeiten
733 innerhalb der NATO einsetzen zu können.

734

735 Die EU sollte zudem verstärkt auf eine gemeinsame Rüstungspolitik und Forschung
736 setzen. Die Schaffung europaweiter Standards und einheitlicher Kriterien für die
737 Beschaffung von Rüstungsgütern sind entscheidende Schritte, um Effizienz und
738 Zusammenarbeit zu fördern. Wir sollten uns dabei an erfolgreichen Beispielen wie
739 Airbus und dem KF-51 Panther orientieren, um die Interoperabilität und Kompatibilität
740 unserer Streitkräfte zu verbessern. Schleswig-Holstein kann aufgrund seiner
741 geografisch bedeutsamen Lage einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit im Nord- und
742 Ostseeraum leisten. Als Tor nach Skandinavien und als Land zwischen zwei Meeren ist
743 es von besonderer strategischer Bedeutung. Wir schlagen vor, die Verlegung der
744 Luftalarmrotte von Niedersachsen nach Schleswig-Holstein in Betracht zu ziehen, um

die Sicherheit in der Region weiter zu stärken. Das Beschaffungs- und Vergaberecht sollte grundlegend reformiert werden, um Flexibilität und Effizienz zu fördern. Die aktuellen Regelungen führen oft zu absurdem bürokratischem Aufwand, insbesondere bei kleinen Summen. Daher sollten die Fristen für Ausschreibungen verkürzt werden, und in bestimmten Fällen sollte es dem Auftraggeber gestattet sein, auf eine Ausschreibung zu verzichten, beispielsweise bei mangelnden Bewerbern oder bei systemrelevanten Sachverhalten.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die grundlegende, indes objektive Überprüfung unserer Beziehungen zur Volksrepublik China,
- die Schaffung von Anreizen für Unternehmen, wie etwa der Entbürokratisierung der öffentlichen Hand sowie einer Rückkehr zu einer sozialen Marktwirtschaft, damit diese ihre Wirtschaftskraft in Deutschland und Europa belassen,
- das Schließen internationaler Bündnisse, beispielsweise in Form von Freihandelsabkommen, um neue Märkte zu erschließen und dem wachsenden Einfluss Chinas Einhalt zu gebieten,
- die Stärkung unserer europäischen Position innerhalb der NATO,
- die Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein aufgrund unserer strategisch bedeutsamen Lage, beispielsweise durch die Stationierung der Luftalarmrotte aus Niedersachsen nach Jagel,
- die Forcierung einer gemeinsamen europäischen Rüstungspolitik und -forschung, unter anderem durch die Schaffung europaweiter Standards und einheitlicher Beschaffungskriterien sowie durch die gemeinschaftliche Förderung von militärischer Forschung,
- eine grundlegende Reform des militärischen Vergabe- und Beschaffungsrechts, im Rahmen derer auch die mögliche Verkürzung der Ausschreibungsfristen und Ausnahmeregelungen für systemrelevanter Belange geprüft wird.

Kultur & Medien in unserem Land nachhaltig gestalten

Kunst und Kultur begleiten gesellschaftliche Prozesse stets kritisch und nehmen ihre Aufgabe als Träger und Vermittler von Werten ernst. So ist es auch bei Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Einen wichtigen Beitrag dazu muss auch die Kultur leisten, deren CO²-Bilanz in der Debatte um Klimaschutz bisher noch keine große Rolle eingenommen hat. Die größten Emissionen entstehen unter anderem bei der Beheizung, der Beleuchtung, dem Transport, Dienstreisen sowie der Klimatisierung von Ausstellungsflächen. Um die dringend notwendigen Schritte zur Klimaneutralität zu unterstützen, sollen alle öffentlich geförderten Museen in Schleswig-Holstein bis 2040 klimaneutral werden, also Netto-Treibhausgasneutralität erreicht haben. Zu den Maßnahmen gehören die Senkung der Raumtemperaturen im Rahmen der Möglichkeiten bei

gleichzeitigem Schutz der Exponate, der Verzicht auf fossile Energieträger sowie eine Anpassung der Gebäude in Form von energieeffizienten Fenstern und Dämmung. Dieser Prozess soll durch den Ausbau und Erhalt der dazugehörigen Grünflächen im Rahmen der heimischen Biodiversität sowie den Verzicht auf Einweg-Produkte in allen öffentlich geförderten kulturellen Einrichtungen unterstützt werden. Der Verkauf und das Inverkehrbringen von Einweg-Produkten, wie Eintrittskarten, Übersichtspläne, Werbeprodukte soll eingestellt und auf digitale oder Mehrweg-Möglichkeiten umgestellt werden. Wir setzen uns für die Unterstützung der Museen durch das bundesweite "Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit" ein, dessen Beratungsangebote unverzüglich in Anspruch genommen werden müssen. Des Weiteren sollen die Denkmalschutzbehörden von Land und Kommunen die Museen in Schleswig-Holstein unterstützen und unter Berücksichtigung der notwendigen Herstellung der Klimaneutralität auch den Umbau und die Ausstattung historischer Gebäude u. a. mit Photovoltaikanlagen, anderen emissionseinsparenden Maßnahmen unterstützen.

800

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

802

- Klimaneutralität aller öffentlich geförderten Museen in Schleswig-Holstein bis 2040,
- dass die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf bis 2040 auf ihren Flächen und Grundstücken einen Betrieb und die Unterhaltung der Grünflächen sicherstellen soll, die die Biodiversität heimischer Natur und Pflanzen priorisieren,
- dass alle öffentlich geförderten kulturellen Einrichtungen den Verkauf und Vertrieb von Produkten in ihren Einrichtungen vollumfänglich auf Mehrweg ausrichten,
- dass öffentlich geförderte kulturelle Einrichtungen unverzüglich das Beratungsangebot des "Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit" in Anspruch nehmen sollen,
- dass die Denkmalschutzbehörden unter Berücksichtigung der notwendigen Herstellung der Klimaneutralität auch den Umbau historischer Gebäude zu unterstützen haben.

817

Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen umfasst acht Museen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Als Botschafter der Kultur für und in Schleswig-Holstein bilden die Landesmuseen verschiedene Aspekte der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte von der Steinzeit bis in die Gegenwart ab und vermitteln das Wissen über diese Schwerpunkte an ihre Besucherinnen und Besucher. Wir möchten diese wertvollen Erkenntnisse allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes sowie unseren zahlreichen Gästen zugänglich machen. Dabei ist auch besonders auf die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen einzugehen. Für sie soll durch verschiedene Maßnahmen eine umfassende Teilhabe ermöglicht werden. Dazu zählen beispielsweise barrierefreie Zugänge, das Angebot von Führungen in Gebärdensprache und ein taktiles

828 Erleben einschließlich der Brailleschrift.

829 Insbesondere für junge Menschen, die noch nicht über ein eigenes Einkommen verfügen,
830 ist der Zugang zu Kultur mit finanziellen Hürden verbunden. Diese möchten wir abbauen
831 und fordern daher, den kostenfreien Eintritt für alle Schülerinnen und Schüler,
832 Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende zu ermöglichen. Trotz
833 ihrer wertvollen Arbeit sind die schleswig-holsteinischen Landesmuseen vielen
834 Menschen nicht oder nicht gänzlich bekannt. Dies möchten wir ändern und ihre
835 Bekanntheit steigern. Dafür soll es an vier Sonntagen im Jahr kostenfreien Eintritt
836 für alle Menschen geben. Alternativ kann es an einem Sonntag auch nach Vorbild von
837 Städten wie Hamburg oder Lübeck eine „Lange Nacht der schleswig-holsteinischen
838 Landesmuseen“ geben.

839 Von 1978 bis 2012 fand zweijährlich der „Schleswig-Holstein-Tag“ als Landesfest
840 unseres Bundeslandes statt. Dies wollen wir wieder aufleben lassen und die
841 kulturellen und geschichtlichen Leuchttürme der Kreise und Kommunen in Zusammenarbeit
842 mit ehrenamtlichen Vereinen und Verbänden allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich
843 machen. Die Kreise und kreisfreien Städte tragen rotierend die Verantwortung für die
844 Ausrichtung. Zudem fordern wir, dass der Besuch einer KZ-Gedenkstätte verpflichtend
845 in den Lehrplan für weiterführende Schulen aufgenommen wird. Zusätzlich soll der
846 Besuch einer Einrichtung mit Bezug zu jüdischem Leben, zum Beispiel einer Synagoge
847 oder das Konzept „Meet a Jew“ empfohlen werden. Um den regionalen Bezug von Zeitungen
848 zu stärken, fordern wir, dass Orts- und Stadtteilzeitungen ihr Angebot zunehmend auch
849 digital zur Verfügung stellen und dabei finanziell unterstützt werden. Um zudem die
850 schleswig-holsteinische Kulturszene zu stärken und zu vernetzen, werden wir einen
851 Transfer zwischen allen Schleswig-Holsteinischen Hochschulen mit künstlerischen und
852 kreativen Studiengängen sowie der Kreativ-, der Musik- und der Designwirtschaft-, dem
853 Architekturmarkt sowie der Software- und Games-Industrie anregen.

854

855 Um die Aufarbeitung der innerdeutschen Geschichte in Schleswig-Holstein weiter zu
856 stärken, fordern wir einen Um- und Ausbau der Grenzdokumentationsstätte Lübeck-
857 Schlutup hin zu einem Museum mit Erinnerungs- und Fortbildungszentrum zur
858 innerdeutschen Geschichte und Teilung, einschließlich einer Eingliederung in die
859 Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen.

860

861 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

862

- 863 • eine umfassende Teilnahmemöglichkeit für Menschen mit Beeinträchtigungen,
- 864 • einen kostenfreien Zugang zu den schleswig-holsteinischen Landesmuseen für
865 Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende und
866 Freiwilligendienstleistende,
- 867 • an vier Sonntagen oder drei Sonntagen und einem Samstagabend einen „Offenen Tag
868 der Museen“ bzw. eine „Lange Nacht“ der Landesstiftung Schleswig-Holsteinische
869 Landesmuseen mit kostenfreiem Eintritt für alle,

- 870 • das Landesfest „Schleswig-Holstein-Tag“ alle zwei Jahre wieder stattzufinden zu
871 lassen, wobei die Kreise und kreisfreien Städte rotierend die Verantwortung für
872 die Ausrichtung tragen,
- 873 • dass der Besuch einer KZ-Gedenkstätte verpflichtend in den Lehrplan der
874 weiterführenden Schulen aufgenommen werden soll und zusätzlich der Besuch einer
875 Einrichtung mit Bezug zu jüdischem Leben empfohlen wird,
- 876 • dass Orts- und Stadtteilzeitungen ihr Angebot zunehmend auch digital zur
877 Verfügung stellen und dabei finanziell unterstützt werden,
- 878 • dass ein Transfer zwischen allen Schleswig-Holsteinischen Hochschulen mit
879 künstlerischen und kreativen Studiengängen sowie der Kreativ-, der Musik- und
880 der Designwirtschaft-, dem Architekturmarkt sowie der Software- und Games-
881 Industrie erfolgt,
- 882 • den Um- und Ausbau der Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup hin zu einem
883 Museum mit Erinnerungs- und Fortbildungszentrum zur innerdeutschen Geschichte
884 und Teilung.